

HANDWERK BW · Postfach 10 06 36 · 70005 Stuttgart

An die MdB aus Baden-Württemberg
mit Sitz in den Ausschüssen
Wirtschaft und Energie;
Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend;
Haushalt

08. Juli 2025

Förderung der handwerklichen Bildungszentren im Bundeshaushalt

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete aus Baden-Württemberg,

wir wenden uns explizit an Sie als Vertreter unseres Bundeslandes in einem zentralen Ausschuss des Deutschen Bundestages, um Ihnen bereits in den laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren auf Bundesebene zu verdeutlichen, dass die Finanzierung der beruflichen Bildung des Handwerks gestärkt werden muss. Dies betrifft zwei Facetten:

1. die staatliche Unterstützung der Modernisierung und des Neubaus der Bildungsstätten und
2. die Entlastung der Handwerksbetriebe von Kosten der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU).

Wie der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD zutreffend feststellt, liegt in den Bildungsstätten des Handwerks ein Investitionsstau vor, der durch eine verlässliche und deutlich höhere Förderung als bislang aufgelöst werden soll. **Leider bildet sich das aber nicht im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025 ab.**

Dabei handelt es sich um die „Hochschulen des Handwerks“, die leider eine deutlich geringere Wertschätzung als die akademischen Einrichtungen erfahren.

Dies obwohl der Ruf nach mehr Fachkräften im Handwerk immer lauter wird, auch angesichts der notwendigen „workforce“ für die Transformations- und Infrastrukturthemen. Selten war die Herausforderung, den Nachwuchs zu sichern, so groß. Die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten des Handwerks sind ein wesentlicher Hebel bei dieser Nachwuchssicherung – für zahlreiche Branchen und Berufe. Sie machen Jugendliche fit für eine Ausbildung, bilden Meister aus und tragen moderne Technologien und Innovationen in die Handwerksbetriebe. Allerdings bedürfen sie auch einer zukunftsorientierten Finanzierung!

Die Handwerksorganisation hat mit dem Aufbau und Betrieb der Bildungsstätten – politisch unterstützt und zum Teil öffentlich gefördert – das wirtschaftliche Risiko dieser Bildungsinfrastruktur übernommen und trägt damit zur Entlastung des Staates bei. Die Bildungsstätten des Handwerks sind ein unverzichtbarer Teil der öffentlichen Bildungsinfrastruktur. Jedoch: Die großen Themen und Herausforderungen der Zeit - die Transformation der Mobilität, die Gestaltung der Energiewende und ein aktiver Klimaschutz – verändern bereits heute die Aus- und Fortbildung und haben Auswirkung auf die Ausbildungsstätten. So gilt es etwa, für die Elektromobilität das erforderliche Knowhow über Hochvolt-Technologie zu vermitteln, genauso wie vernetzte, softwarebasierte Arbeitsprozesse und Anwendungen – etwa im Rahmen der Photovoltaik und Smart-Home-Technologie - abzubilden.

Transformation der Wirtschaft heißt zwangsläufig Transformation der Bildung! Und hier ist auch und gerade der Bund als Co-Finanzier in der Pflicht.

Während die akademischen Lernorte in den vergangenen Jahren massiv ausgeweitet und finanziell spürbar höher gefördert wurden, stagnierte die finanzielle Förderung der Bildungsstätten des Handwerks. Real bedeutete dies sogar einen Rückschritt, denn die Bauleistungspreise haben sich erheblich, zuletzt um bis zu 30 Prozent verteuert. Hinzu kommt, dass bauliche Anforderungen stark gestiegen sind (Brandschutz, Erneuerbare Energien) und die Flächenanforderungen zugenommen haben. Bei gleicher finanzieller Unterstützung können nur deutlich weniger Modernisierungen und Neubauten gefördert werden. Dabei sprengen die Investitionsvorhaben inzwischen alle bekannten Finanzierungsdimensionen, und das bei einer Beschränkung auf das absolut Erforderliche.

Im Ergebnis reichen die zur Verfügung gestellten Bundes- und Landesmittel bei weitem nicht mehr aus, den Investitionsbedarf zu decken. Auch Bildungsträger stoßen bei Eigenanteilen an ihre Grenzen. Modernisierungen und Neubauten können nicht umgesetzt werden, zugleich drohen Bildungszentren angesichts zunehmend verschärfter Vorgaben nicht mehr betrieben werden zu können.

Wir werben eindringlich bei Ihnen dafür, dass die Bundesmittel bereits ab dem Haushaltsjahr 2025 spürbar und schrittweise ansteigend erhöht werden.

Zwei Bundesministerien teilen sich die Finanzierung: Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend bzw. das Ministerium für Bildung, Forschung und Raumfahrt finanziert die Bildungszentren mit Schwerpunkt Ausbildung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Zentren mit Schwerpunkt Weiterbildung. In beiden Ministerien müssen die Fördermittel bereits ab 2025 angehoben werden, da ansonsten Verpflichtungsermächtigungen und damit finanzielle Mittel für die Folgejahre fehlen und Großvorhaben nicht finanziert und gestartet werden können. Im BMWF muss das Finanzierungsvolumen sofort auf rund 50 Mio. Euro angehoben werden (aktuell 38 Mio. Euro), im BMBFSFJ bzw. BMFTR von geplanten 97 Mio. Euro auf rund 110 Mio. Euro, danach in der mittelfristigen Finanzplanung schrittweise ansteigend.

Darüber hinaus ist die anteilige Belastung der ausbildenden Handwerksbetriebe in der Finanzierung der ÜLU nach der Corona-Pandemie wieder auf über 50 Prozent gestiegen. Ursächlich dafür sind seit 2022 stark gestiegene Energie-, Material- und Personalkosten in den handwerklichen Bildungsstätten. **Die mögliche Drittel-Finanzierung zwischen Bund, Bundesländern und Handwerk ist damit wieder zu Lasten der Handwerksbetriebe gekippt.** Auch hier bedarf es dringend einer Zuschusserhöhung des Bundes von 70 auf 100 Mio. Euro – ohne Haushaltsvermerk – um die Ausbildungsbereitschaft nicht zu gefährden.

An der Seite unseres handwerklichen Spitzenverbands auf Bundesebene, des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), werben wir bei den Leitungsebenen der Ministerien und bei den Verantwortlichen in den Ausschüssen für eine spürbare, finanzielle Stärkung der Berufsbildungszentren des Handwerks und für eine Entlastung der Handwerksbetriebe. Beide Punkte sind eine wesentliche Voraussetzung für auch in Zukunft exzellente handwerkliche Fachkräfte und für Wachstum in Deutschland.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung, stehen jederzeit zum Gespräch bereit und senden Ihnen

freundliche Grüße

Präsident

Hauptgeschäftsführer